

von Heinz Hillebrand, Wuppertal, 26.08.2007

## **Konfrontationen und rot/rote Gedankenspiele Die Strategien der SPD gegenüber der LINKEN und unsere Antworten**

Obwohl der Termin der Gründung der Partei DIE LINKE., der 16. Juni 2007, lange genug bekannt war, hatte man den Eindruck als ob die Parteigründung für die etablierten Parteien vollkommen überraschend kam. Anscheinend wollte es die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland nicht wahrhaben, dass ihr sorgsam behütetes politisches Koordinatensystem grundlegend verändert wurde.

Entsprechend hektisch und wütend waren die ersten Reaktionen. Man glaubte sich an den Antikommunismus der fünfziger und sechziger Jahre erinnert, verbale Ausfälle gegen Oskar Lafontaine und das Gerede einer angeblichen Politikunfähigkeit der neuen Partei schwirrten durch die Medien. Inzwischen haben die anderen Parteien wohl begriffen, dass sie es mit einem Problem auf Dauer zu tun haben. In allen Parteizentralen wird an Strategien gearbeitet, wie mit der ungeliebten Konkurrenz von links umgegangen werden soll. Vor allem die SPD, die durch die Existenz der LINKEN in Mark und Bein erschüttert ist, schickt ganze Stäbe von hauptamtlichen Mitarbeitern an die ideologische Front. Die SPD schwingt zwar auch manchmal die antikommunistische Keule, so Peter Struck, der die DIE LINKE gerne als PDS/ML (= mit Lafontaine) bezeichnet, aber die Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderswo produzieren eher eifrig Argumentationsmaterialien. Jede nur erdenkliche Äußerung von Oskar Lafontaine wird darauf durchforstet, ob sie in Widerspruch zu seinen jetzigen Positionen steht. Damit soll das Bild des machtbesessenen Egomane gezeichnet werden, dem Inhalte gleichgültig sind und der seinen persönlichen Rachefeldzug gegen die SPD führt, weil er im Hahnenkampf gegen Schröder unterlegen sind. Andere rechnen fleißig aus, was die Vorschläge der Linken kosten, um zu belegen, dass wir Versprechungen machen, die nicht erfüllt werden können. Die Linke könne eben nicht mit Geld umgehen. Der Vorwurf, der früher immer gegen die SPD erhoben wurde, trifft nun die LINKE. Fleißig assistiert werden sie von einem Teil der Presse. Vor allem der Berliner Tagesspiegel und das einstige Flugschiff des guten Journalismus, der Spiegel, scheinen es als politischen Kampfauftrag zu begreifen, gegen DIE LINKE vorzugehen. Vor allem wiederum Oskar Lafontaine ist ständig in den Medien, mal ist er das gefürchtete Infant Terrible, der auch bei der Regierungsklausur virtuell immer dabei war oder der Buhmann der Nation. Man muss ja nicht ständig mit ihm einer Meinung sein oder jede seiner Äußerungen für die tiefeschürfundeste Analyse halten, aber an manchen Tagen wenn von Bild bis taz alle hetzen, hat er unsere Solidarität verdient, es ist gut dass es ihn an der Spitze der LINKEN gibt. Die Konfrontationsstrategie der SPD ist aber nur die eine Seite. Sie soll wohl auch dazu dienen, die eigenen Reihen fester zu schließen und Argumente für die Infostände zu liefern, wo immer die peinlichen Fragen nach Hartz IV und den Soldaten in Afghanistan gestellt werden. In den Bundesländern, in denen bald gewählt wird, taucht auch eine andere Strategie auf, das Erwägen von Rot/Rot. Es ist zwar noch zaghaft, man müsse darüber nachdenken oder man wolle es nicht ausschließen, wie Hannelore Kraft formuliert, die sie sich hier besonders hervortut. Das Nachdenken über Rot/Rot folgt natürlich auch wahlarithmetischen Überlegungen, aber es ist vor allem die intelligenteste Strategie, die die SPD

momentan fahren kann. Hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens wird mit dem öffentlichen Nachdenken über Rot/Rot ein angeblich linkes Profil verstärkt, an dem die SPD vor allem in NRW arbeitet – die linke Kraft für NRW -, das entschwindende linke Stammwähler erreichen soll, die SPD hat die Analysen von Franz Walter eben auch gelesen. Zweitens soll diese Strategie unsere Differenzen verstärken und uns als zerstrittenen Haufen präsentieren, eben als nicht politikfähig. Am linken Profil arbeitet die SPD an verschiedensten Punkten in NRW. Hannelore Kraft lässt sich auf jeder großen Gewerkschaftskonferenz sehen, die SPD profiliert sich gegen das Sparkassengesetz, die Angriffe auf das LPVG, spielt sich als Vertreterin der Bergarbeiter auf usw. usf.. Dies ist aber bisher nur Kosmetik, es soll eine neue linke Maske aufgelegt werden. In der Opposition wird fleißig für den Mindestlohn getrommelt, im Bundestag stimmen die Abgeordneten aus NRW aber gegen ihren eigenen Antrag, der von der LINKEN vorgelegt wurde. Der Kohleausstieg ist längst beschlossene Sache, SPD und IG BCE haben ihn möglich gemacht, da wird noch einmal eine große Demonstration organisiert und als Trostpflaster auf einen Prüfungstermin für einen endgültigen Ausstieg im Jahr 2012 verwiesen. Der Leitantrag zum SPD-Parteitag an diesem Wochenende wimmelt auf der Oberflächenebene nur so von Sozialstaat, sozialer Absicherung usw.. Liest man ihn genauer, was auch die meisten JournalistInnen nicht tun werden, ist es eben der „vorsorgende Sozialstaat“, werden die Hintertüren offen gehalten. Unappetitlich wird es aber, wenn im Leitantrag formuliert wird: „Jeder Mensch muss an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können und Ausgrenzungen sind nicht hinzunehmen. Sozialdemokraten haben Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten im Blick und arbeiten daran, Unzumutbares, Menschenunwürdiges und strukturelle Ungerechtigkeiten zu überwinden. Für uns haben eindeutig der Mensch und die menschliche Arbeit den Vorrang vor dem Kapital.“ Man reibt sich verwundert die Augen und fragt: Welche Regierung hat denn die Hartz-Gesetze eingeführt, in welcher Partei ist denn der, jetzt noch knapp mit einer Bewährungsstrafe davongekommene Namensgeber? Welche Koalition hat denn in NRW Studiengebühren eingeführt, könnte man weiterfragen.

Wir können also festhalten: Bisher ist das angebliche linke Profil der SPD in NRW nur Imagepflege ohne reale Hintergründe. Trotzdem kann man es nicht darauf reduzieren. Erstens zeigt es unsere Kraft, die Existenz der LINKEN hat der SPD Themen wie Mindestlohn aufgedrückt und sie gezwungen sich links darzustellen. Dies eröffnet zweitens Handlungsoptionen für die Zukunft. Der Spielraum der verbliebenen SPD-Linken wird erweitert und ganze Gruppen innerhalb der SPD erarbeiten jetzt schon Strategien, die ihr persönliches Vorwärtskommen mit einem evtl. politischen Kurswechsel verbinden können. Denn ein weiterer Niedergang der SPD würde nicht nur Kurt Beck den politischen Kopf kosten, eine ganze Reihe von Leuten aus dem Führungspersonal müssten ihren Hut nehmen.

Wie positioniert sich die LINKE in NRW zur Diskussion um Rot/Rot? Leider noch zu wenig und nicht offensiv genug. Es gibt vereinzelte Äußerungen von Landesvorstandsmitgliedern und aus Kreisverbänden. Dort heißt es u.a. niemals mit der SPD, vielleicht mit der SPD, es wird darüber nachgedacht auf eine Kandidatur zu den OB-Wahlen zu verzichten usw.. Dass es zur Frage Rot/Rot, d.h. zu Regierungsbeteiligung oder zumindest Tolerierung, unterschiedliche Auffassungen gibt ist logisch und auch nicht verwunderlich oder schlimm. Was allerdings fehlt, ist ein selbstbewusster Umgang mit dieser Frage. Ohne unsere Existenz gäbe es diese

Diskussionen überhaupt nicht. Wir müssen aber die Inhalte dieser öffentlichen Auseinandersetzung stärker bestimmen.

Die Frage nach Rot/Rot ist für uns nicht leicht zu beantworten. Wir sind eine Partei die zu Wahlen antritt, wer das macht, muss, bei entsprechender Stärke, auch damit rechnen, Verantwortung zu übernehmen, vor allem, wenn man in seinen Materialien immer erklärt, was man anders machen würde, wenn man in der Regierung wäre, vom Öffentlichen Beschäftigungssektor bis zum Abzug in Afghanistan. Um Detlef Hensche zu zitieren, ständen wir dann vor dem Problem, dass ein Richtungswechsel in diesem Land realistischweise ohne die SPD nicht geht, aber mit dieser SPD eben auch nicht.

Wir können im Umgang mit dieser Thematik zwei große Fehler machen. Fehler Nr. 1 würde darin bestehen, Regierungsverantwortung kategorisch abzulehnen oder die Latte so hoch zu hängen, dass die Leute merken, die wollen gar nicht. Das würde uns in Widerspruch zu unseren WählerInnen, die mit großer Mehrheit rot/rote Koalitionen unter bestimmten Bedingungen wollen, bringen. Es wäre dann auch ehrlicher nicht zu kandidieren und sich auf die außerparlamentarischen Kämpfe zu konzentrieren. Fehler Nr. 1 wäre der des Sektierertums, Fehler Nr. 2 wäre der der Anpassung. Beides Verhaltensweisen, die in der Geschichte der Linken leider immer sehr stark waren. Gehen wir in eine Regierung und den Menschen wird nicht deutlich, dass ihnen dies nicht nur kurzfristig, sondern langfristig hilft, dass damit ein Politikwechsel beginnt, könnte uns dies in eine existenzielle Krise führen. Wir haben Hoffnungen geweckt, der Bedarf an politischen Enttäuschungen auf der Linken ist in Deutschland gedeckt. Enttäuschen wir die Menschen, würde das eine Schwächung der gesamten Linken auf Jahrzehnte bedeuten, noch mehr Menschen in die politische Apathie führen.

Was wäre also tun. Das Erste wäre m.E. den Kampf um die Hegemonie in dieser Diskussion zu beginnen, weil es eine reale Diskussion ist, der wir uns stellen müssen. Z.B. formulieren die Gewerkschaften, dass es eine Mehrheit jenseits von schwarz/gelb in diesem Land gibt, die aber nicht zustande kommt. Die Gleichsetzung von Rot/Grün und Schwarz/Gelb, die leider auch in unseren Reihen, auch bei führenden RepräsentantInnen, verbreitet ist, ist unzutreffend. Bei aller beißenden Kritik an Rot/Grün in NRW, die Angriffe auf die Mitbestimmung, die Privatisierungen in diesem Ausmaß, das Sparkassengesetz, das hätte es bei Rot/Grün nicht gegeben, es gibt schon einen qualitativen Unterschied. Das bedeutet nicht, dass Rot/Grün nicht manchmal schlimmer sein kann als Schwarz/Gelb, siehe dazu der Kosovokrieg, den Kohl wohl nicht geführt hätte, aber generell und im Bezug auf die Landespolitik ist die These grundfalsch.

Kampf um die Hegemonie würde zuerst bedeuten, dass wir die Diskussion um Rot/Rot nicht abstrakt, sondern gebunden an Inhalte führen. Es reicht nicht, eine rot/rote Koalition zu haben, die Politik muss sich ändern. Uns bekommt man nicht für Pöstchen, wie Uli Maurer so treffend formuliert hat, für die Menschen muss etwas herauskommen. Es müsste uns gelingen, vier oder fünf zentrale Forderungen in der Öffentlichkeit zu verankern, die mit uns verbunden sind, und die für uns die Mindestbedingungen für den Einstieg in den Politikwechsel sind. Gleichzeitig müssten dies die zentralen Forderungen für den Landtagswahlkampf sein. Hierzu könnten gehören: Sofortiger Stopp der Privatisierungen und Rückholung von Landeseigentum; Rückgängigmachen einer Verschlechterung des Landespersonal-

vertretungsgesetz; Einführung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose; Zusätzliche Investitions- und Förderprogramme für strukturschwache Regionen (Z.B. als Ausgleich der Folgen des sog. Kohlekompromisses); Maßnahmen für eine wirkliche Chancengleichheit im Bildungswesen (Rücknahme der Auflösung der Grundschulbezirke, Lernmittelfreiheit, Rücknahme der Studiengebühren); Glaubhafte Bundesratsinitiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn in ausreichender Höhe, höhere Staatseinnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit und die Rücknahme der Hartz-Gesetze

Wenn die SPD ihrem Image als linke Kraft für NRW gerecht werden will und sich für diese Inhalte einsetzt, an uns wird es nicht scheitern. Scheitern wird an uns allerdings die Wahl von Arbeiterführer Rüttgers zum Ministerpräsidenten.

Mit der Frage nach Rot/rot in NRW sollten wir uns offensiv auseinandersetzen und Antworten bereit haben. Die Medien neigen allerdings dazu, Politik auf die Regierungsebene zu reduzieren. Deshalb besteht die Gefahr, dass auch wir auf eine Koalitionsaussage oder auf die Aussage: DIE LINKE will SPD-Ministerpräsidentin mitwählen, reduziert werden. Dies könnte, ähnlich wie bei der zentralen Aussage des PDS-Wahlkampfes 2002 „Stoiber muss verhindert werden“ kontraproduktiv werden, weil einige dann auf die Idee kommen, direkt die SPD zu wählen. Deshalb meine Empfehlung: Souverän mit der Frage Rot/Rot umgehen aber sie auf keinen Fall in den Mittelpunkt eines Wahlkampfes stellen. Im Mittelpunkt stehen unsere Forderungen und Aussagen zur Landespolitik. Im Mittelpunkt steht unsere Kritik an der Landesregierung und auch an SPD und Grünen. Wir kämpfen um höchst mögliche Stimmenergebnisse für die LINKE. Nur mit uns ist ein Politikwechsel möglich. Wie wir jetzt schon auf Bundesebene den anderen Parteien unsere Themen aufdrängen, so muss es auch auf Landesebene sein. Wir sind die Partei der konsequenten Gegnerschaft zum Neoliberalismus, wir sind die Partei der Sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. Wer auch in NRW etwas verändern will, muss uns wählen. Wir bringen frischen Wind im Interesse der Menschen in das Landesparlament. Aussagen zur Koalition gehören ins landespolitische Programm aber nicht auf die Wahlplakate.

Vor der Landtagswahl stehen allerdings noch weitere wichtige Wahlen, die Kommunalwahlen, bei denen wir, das zeichnet sich ab, in fast allen kreisfreien Städten und den meisten Landkreisen in Fraktionsstärke einziehen werden. Diese Wahlen werfen schon jetzt ihre Schatten voraus. Der Grund sind die vorgezogenen Oberbürgermeister- und Landratswahlen, die wahrscheinlich ohne Stichwahlen stattfinden werden. In einigen Städten und Landkreisen soll es hierzu unter- und oberirdische Kontakte geben, in denen meistens die SPD fragt, ob wir nicht evtl. auf eine eigene Kandidatin oder einen eigenen Kandidat verzichten.

Hierzu sollten wir erklären, dass wir natürlich und hochoffiziell mit allen demokratischen Parteien reden. Wenn diese über die OB- oder Landratswahlen reden wollen, warum nicht. Einen Persilschein für die Unterstützung eines SPD oder eher theoretisch Grünen-Kandidaten kann es dabei auf keinen Fall geben. Es ist nicht ausgemacht, ob nicht der ein oder andere CDU-OB Kandidat, der sich z.B. zu den Metropolenkonservativen rechnet eine schlechtere Figur macht, als ein SPD-OB mit unklaren Beziehungen zu Filz und Korruption. Natürlich sollten wir dann nicht zu Gunsten des CDU-Kandidaten verzichten, aber wenn wir die Wahl zwischen zwei schlechten Alternativen haben, warum sollten wir nicht die gute propagieren. Es

hängt also sehr von den Verhältnissen vor Ort ab, wie wir uns verhalten. Sollte es aber z.B. einen relativ akzeptablen SPD-Kandidaten geben, dann ist immer noch die Frage, was bekommen wir bzw. die Menschen dieser Stadt dafür, dass wir nicht kandidieren. Auch hier gilt, die SPD muss sich auf uns zubewegen und vor allem: Umsonst sind wir nicht zu haben.

Alles in allem, und damit möchte ich schließen, sollten wir die Frage mit mehr Souveränität angehen. Dass Frau Kraft überhaupt solche Gedankenspiele anstellt zeugt davon, dass sie unsere Stärke anerkennen muss. Sie sagt damit auch, dass wir im nächsten Landtag vertreten sind. Das ist gut. Aber die Frage nach einer Regierungsbeteiligung ist für uns junge Partei auch nicht die Hauptfrage. Wichtiger ist, wie wir stärker werden, damit etwas heraus kommt für die Menschen auch in Nordrhein-Westfalen. Mal sehen wie stark wir 2010 sind, es sieht nicht schlecht aus. Nach den drei Landtagswahlen 2008 und der Europawahl, den Kommunal- und Bundestagswahlen 2009 sieht die Angelegenheit findet die Landtagswahl 2010 vielleicht unter noch weiter nach links verschobenen politischen Rahmenbedingungen statt. Die Chancen, dann eine deutlich stärkere Linke in NRW zu haben sind gut, es liegt an uns, sie zu nutzen.

26.08.2007 Heinz Hillebrand

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>